

Berufsbildung aktuell.

Magazin des Landesverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen Niedersachsen e.V.

Motivation als Erfolgsgarant

Anerkennung als erstes Gebot

*Ein großer Mensch ist über jeden Vorzug glücklich,
den er an seinen Mitmenschen entdeckt.*

Fritz Diettrich

Liebe Freunde,

was motiviert Mitarbeiter, ihre Kraft und Kreativität in ihre Arbeit zu stecken?

Die Unternehmensberatung Towers Perrin befragte jetzt weltweit über 80 000 Mitarbeiter mittelgroßer bis großer Unternehmen verschiedener Branchen, was sie an einen Arbeitgeber bindet und welche Faktoren für ihre berufliche Motivation entscheidend sind.



Die monetäre Vergütung allein ist dabei nicht die treibende Kraft, zeigt die Studie. Das Geld landet bei deutschen Arbeitnehmern nicht einmal auf einem der ersten vorderen Plätze. Es zählen eher Karriere- und Entwicklungsmöglichkeiten, wobei die Hochmotivierten unter ihnen nach

größerer Verantwortung und mehr Möglichkeiten streben, Arbeitsprozesse aktiv und kompetent mitgestalten zu können. Als stärkster Motivationsturbo wirkt jedoch das Interesse des Arbeitgebers an seinen Mitarbeitern. Es ist sicher legitim, die Aspekte der Studie einmal auf eine Gruppe der Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, die Lehrer zu beziehen. Ist es doch vor allem diese Berufsgruppe, die an der Wertschöpfungskette im Klassenzimmer von den Schülern tagein tagaus immer wie-

der erneut Motivation mit Nachdruck einfordern und auch vorleben muss.

Aber nicht genug: Auch über die Unterrichtstätigkeit hinaus sind Berufsschullehrer motiviert, im Zusammenspiel mit ihren dualen Partner aus Industrie, Handel und Handwerk den Fortschritt im eigenen Laden zu pflegen, um ihre Unterrichtsgestaltung aktuell darauf abzustellen zu können. Dies gelingt umso besser, je mehr eine Kultur der gegenseitigen Wertschätzung und Anerkennung nach innen wie nach außen gelebt wird. Auch unser Vater Staat ist hier in der Pflicht und er läuft derzeit Gefahr, unter dem Konsolidierungsdruck die Motivation und Leistungsbereitschaft seiner Bediensteten auszubrem- sen.

So ist es im Sinne einer guten Motivation kontraproduktiv, wenn unsere Landesregierung bei den Sparmaßnahmen des Landes Niedersachsen – ohne Zweifel sinnvoll – die Beschäftigten Beamten in besonderen Maße heranzieht. Nach den abgeschlossenen Tarifverträgen im TdLÖV gilt dieses nun umso mehr, da es keinem Beamten klarzumachen ist, warum Angestellte im öffentlichen Dienst Sonderzuwendungen in Form von Weihnachts- und Urlaubsgeld erhalten, Beamte jedoch nicht. Dies ist ein besonderes Problem im Land Niedersachsen, da hier im Gegensatz zu entsprechenden Regelungen des Bundes und der übrigen Länder, die Sonderzuwendungen für die Besol-

Herausgeber: Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS), Landesverband Niedersachsen e.V.
Geschäftsstelle: Kurt-Schumacher-Str. 29, 30159 Hannover, Tel.: 0511 - 32 40 73, Fax: 0511 - 363 22 03

e-mail: info@BLBS-Nds.de
<http://www.BLBS-Nds.de>

Mitglied des BLBS im BVN, DL, dbb



Redaktion: Friedrich Susewind, Tel.: 0163 14 81 727, St. Joost 8, 26434 Wangerland

Ingrid Rüber, Tel.: 0531 - 31 44 01, Fax 0531 - 31 44 14, Kantstraße 4, 38112 Braunschweig

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Verbandes wieder.

Druck: Druckerei Beneking GmbH, Göttinger Landstr. 4, 30966 Hemmingen **Berufsbildung aktuell.** erscheint viermal im Jahr.

dungsgruppen oberhalb der Besoldungsgruppe A 8 im vollem Umfang ersatzlos gestrichen wurden – im Zuge von Konsolidierungsmaßnahmen des Landes.

Zudem wurden in der Beihilfe in den letzten Jahren erhebliche Einschnitte vorgenommen. Ein Ende ist noch nicht in Sicht, wie es die aktuelle Diskussion zur Gesundheitsreform vermuten lässt. Mit den Sparmaßnahmen des Landes Niedersachsen aber nicht genug. Auch der Bund beabsichtigt, bei den Beamten weitere Einsparmaßnahmen umzusetzen. Dabei wird vor allem das Lehrpersonal durch die Streichung der Absetzbarkeit des Arbeitszimmers im eigenen Hause wieder einmal über Gebühr herangezogen. Wenn es so kommen sollte, steht das Land in der Pflicht, den Lehrern ersatzweise Büros zur Erledigung ihrer dienstlichen Aufgaben sowie der Möglichkeit zur Unterrichtsvor- und Nachbereitung und der Korrektur von Klassenarbeiten in den Schulen bereitzustellen. So, wie es an jedem anderen Arbeitsplatz in den Behörden und der Wirtschaft normal ist. Ob diese Bürostuben für Lehrer – in der Diskussion immer wieder ein Dauerbrenner - unter dem Strich kostengünstiger sind, als das heimische Arbeitszimmer bleibt fraglich. Gleichwohl könnte damit eine bloße Verlagerung der Kosten vom Bund auf den Schulträger erfolgen. Wie auch immer: Soll die Aufbruchstimmung zu mehr Eigenverantwortlichkeit in den Schulen weiter gepflegt werden, so ist es an der Zeit, nicht nur viele Aufgaben auf die Schulen zu übertragen, die die Lehrer als neue Herausforde-

rungen gerne annehmen. In besonderem Maße müssen zugleich auch entsprechende Ressourcenübertragungen in das „Unternehmen Schule“ vorgenommen werden, damit das Ganze nicht zu einem bloßen Nullsummenspiel verkommt. Denn die „Zukunft der Schule“ steht und fällt mit der „Schule der Zukunft“.

Dabei ist besondere Aufmerksamkeit geboten, denn die persönlichen finanziellen Einbußen im Umfang der letzten drei Jahre werden bei gleichzeitiger Erhöhung der Arbeitsbelastung nicht zum beabsichtigten Ziel der Qualitätsverbesserung an den berufsbildenden Schulen führen. In zunehmendem Maße ist zu registrieren, dass Kolleginnen und Kollegen ihre Motivation, den angestrebten Zielen zu folgen, verlieren, eine innerliche Kündigung vornehmen und zu Pessimisten oder gar kranken Zynikern werden. Und dies ist vor allem Gift für die Schüler, die heute ohnehin keine Lobby haben.

Packen wir es weiterhin an, dem erklärten Ziel einer Qualitätsverbesserung der Schule sowie dem Kerngeschäft Unterricht alle Aufmerksamkeit zu widmen. Dabei sind unsere motivierten Kolleginnen und Kollegen, die die notwendige Anerkennung erhalten, der Garant zum nachhaltigen Erfolg.

Ihr Heinz Ameskamp

Aus der Bildungspolitik

Grundgesetzänderung Haushaltssanierung an falscher Stelle

Gefährliches Basteln am GG- Artikel zum Berufsbeamtentum

Von Friedrich Susewind

Hannover (fsu) Viele Leser werden es noch wissen: Der saloppe Spruch des damaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder, Lehrer seien faule Säcke, führte in den neunziger Jahren zu einem Sturm der Entrüstung. Die Pädagogen gingen seinerzeit auf die Barrikaden, was auch dazu führte, dass das „faule Thema“, das eigentlich keines war, zu einem solchen wurde.

Auf zahlreichen Kundgebungen der Beamtenschaft trugen die Lehrer auf Bannern die unglückliche Aussage vom faulen Lehrer in Niedersachsen vor sich her. Ein Trillerpfeifenkonzert der Staatsdiener gab dem Ganzen die akustische Note. Nun kann man zu solchen Kundgebungen der unkündbar Beschäftigten stehen, wie man will. Fakt ist: Sicher wäre die unter der Vorgängerregierung begonnene niedersächsische Justierung der

Beamtenbesoldung nach unten noch massiver ausgefallen, hatte man in Hannover und anderenorts nicht seitens des Beamtenbundes (dbb) damals deutlich Flagge gezeigt.

Gleichwohl brachte all dies die Beamten einmal wieder in die Medien und die unter dem Spardiktat stehenden Landesregierungen griffen die in der Öffentlichkeit geführte Diskussion um die „Besoldung nach Leistung“ nur allzu gern auf. Und so

erwirtschaftete z. B. das Land Niedersachsen unter dem Gesichtspunkt einer „leistungsgerechte Bezahlung der Beamten“ denn auch ab 1998 insgesamt ca. 100 Millionen Euro an Rückstellungen. Dies geschah über eine „Auflockerung des Besoldungsrechts“, die auch bei den Lehrern zu einer deutlichen Einkommensreduzierung führte. Die so eingesparten zweckgebundenen Mittel sollten über eine neue „Leistungsprämien- und Zulagenverordnung“ an besonders fleißige Beamte zurückfließen. Aber da schwitzt der Jurist und der Begünstigte bleibt auf der Strecke. Und so wurde das Fundament für eine solche Verordnung in Niedersachsen fiskalisch nie gelegt.

Wie gewonnen, so zerronnen. Das Ende vom Lied: Mit dem den Staatsdienern abgezweigten Geld stopfte die Vorgängerregierung unter dem enormen Konsolidierungsdruck ihre Haltschlöcher. Dass es grundsätzlich keiner neuen Verordnung bedurft hätte, da dem Leistungsbezug der Staatsdiener als „Amtsinhaber“ bereits im GG Artikel 33, Absatz 2 genügend Rechnung getragen wird, darauf hatte damals niemand verwiesen. Es heißt dort: „Jeder Deutsche hat nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amte.“ Dies bedeutet: Mit der Übertragung von mehr Eigenverantwortung nach außen wie nach innen - zum Beispiel an Inhaber von Beförderungstellen in einer Eigenverantwortlichen Schule - könnten privatwirtschaftliche Instrumente wie das kaufmännische Rechnungswesen äußerst wirksam genutzt werden statt an der antiquierten kameralistischen Buchführung festzuhalten, die keine Kosten- und Erfolgskontrolle erlaubt.

Nun könne eine ähnlich trübe Sanierung der Staatsfinanzen über die angestrebte Kompetenzverlagerung der Beamtensoldung an die Länder beginnen, befürchten nicht nur die damals Gebeutelten, sondern auch dbb- Chef Peter Heesen und DGB-Vorsitzender Michael Sommer. Denn laut Koalitionsvertrag wollen CDU, CSU und SPD im Zuge ihrer Föderalismusdiskussion den Artikel 74 a GG streichen, so dass der Bund lediglich die Verantwortung für Statusrechte und Statuspflichten der Staatsdiener in den Ländern und Gemeinden behält. So entstünden dann – ganz abgesehen von einer neuen Regelung im Bund - in den somit für Besoldung und Versorgung zuständigen Ländern bis zu sechzehn verschiedene Besoldungs- und bis zu sechzehn verschiedene Versorgungsgesetze - und all dies unter dem Diktat jeweiliger Sparzwänge.

Fürwahr ein Rückfall in die Kleinstaaterei, wie nicht nur Heesen und Sommer vermuten, die jetzt an der Anhörung zur geplanten Kompetenzverlagerung vom Bund auf die Länder erst gar nicht beteiligt worden waren, weil man ihre „Gegenargumente offenbar nicht hören wollte“, so Heesen. Einen schalen Vorgeschmack von der Kompetenzverschiebung hat man vor drei Jahren gewinnen können, als mit der Forderung nach Öffnungsklauseln beim Weihnachts- und Urlaubsgeld der Gestaltungswille in Besoldungsfragen von vielen Staatskanzleien bereits wie ein Flickenteppich über die Länder leise ausgebreitet wurde.

Bereits aus dieser Zeit stammen ebenfalls Bestrebungen der süddeutschen Länder, den GG- Artikel 33, Absatz 5 zu ändern. Heißt es hier bisher „Das Recht des öffentlichen Dienstes ist unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zu regeln“, so könnte es künftig heißen „zu regeln und fortentwickeln“. Mit dem Erweiterungsvorschlag um die Worte „und fortentwickeln“ hatte Schäubles Vorgänger, Innenminister Schily, dem Missverständnis vorbeugen wollen, dass das Beamtenrecht „starr und innovationsresistent“ sei. Weitsichtige Akteure um dbb- Chef Heesen sind inzwischen der Auffassung, dass das Wort „regeln“ das Verb „fortentwickeln“ einschließt. Dies beweist auch die beamtenrechtliche Praxis, denn über den GG - Begriff „regeln“ konnte die Rentenreform wirkungsgleich auf die Beamtenversorgung übertragen und auch die Teilzeitbeamtenverhältnisse eingeführt werden. Insofern ist die oben genannte Erweiterung des Artikels 33, Absatz 5 entweder überflüssig oder es kann dahinter die Möglichkeit vermutet werden, die „althergebrachten Grundsätze“ vielleicht einmal von findigen Haushaltsanieren ganz abschaffen zu wollen. Somit könnte das im GG garantierte Prinzip der Versorgung aus der zuletzt erreichten Gehaltsstufe oder gar das gesamte Alimentationsprinzip angesichts einer bedrohlichen Haushaltslage leicht gekippt werden.

Damit würde sich ein in Artikel 33, Absatz 5 zusätzlich aufgenommenem Passus „und fortentwickeln“ in sein Gegenteil „und rückentwickeln“ verkehren. In unserer Februar/März – Ausgabe haben wir unter dem Titel „Der rückentwickelte Beamte – ein Gewinn für das Gemeinwesen und die Loyalität im Staat?“ einiges dazu ausgeführt.

Vom Fachhochschulingenieur zum Berufsschullehrer

Hannover (fsu) Die Bemühungen des BLBS zur Rekrutierung von Lehrernachwuchs sind auf Gehör gestoßen. Lesen Sie dazu den folgenden Beitrag „Ingenieure an die Schule“ aus der Neuen Osnabrücker Zeitung vom 03.06.2006.

„Allein für die Fachrichtung Metall fehlen an Berufsbildenden Schulen im Bezirk Weser-Ems 280 Lehrer“, sagt Prof. Dr. Rudolf Manstetten. Also hat er im letzten Jahr an der Uni Osnabrück den Master-Studiengang Elektrotechnik/Metalltechnik für das Lehramt aus der Taufe gehoben.

Aufgenommen werden Ingenieure, die eine der beiden Fachrichtungen an der FH studiert und mit einer Note von minde-

stens 2,5 abgeschlossen haben. Pro Jahr sind 30 Studienplätze für Metalltechniker und zehn für Elektrotechniker vorgesehen. Die ersten Absolventen werden im Juli 2007 fertig sein. Dann folgt für sie das Referendariat.

Kaum entstanden, ist bereits eine Änderung des Studiengangs vorgesehen: „Es ist unser fester Wille, den Studiengang grundständig und in Kooperation mit der Fachhochschule Osnabrück einzurichten“, erklärt Prof. Dr. Jens Klusmeyer, verant-

wortlicher Leiter des Studiengangs. „In zwei Jahren könnte das stehen“, fügt Manstetten hinzu.

Dann soll es möglich sein, das Studium zunächst mit dem Bachelor an der Fachhochschule abzuschließen und „anschließend an der Uni den Master draufzusatteln“, erklärt Manstetten die Idee. Die pädagogischen Elemente des Studiengangs würde jeweils die Universität liefern.

Doch damit nicht genug der Kooperationen. Auch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt wirkt im Studiengang mit. Mitarbeiter bieten im kommenden Wintersemester Veranstaltungen zum Thema „Umweltbildung in Schule und Betrieb“ an.

Wie viel Bedeutung dem Studiengang beigemessen wird, zeigt auch die Unterstützung aus dem Wissenschaftsministerium: Trotz Sparmaßnahmen genehmigte es dafür eine neue Professur, die jetzt von Klusmeyer wahrgenommen wird, sowie zwei Stellen für Wissenschaftliche Mitarbeiter.

Während sich die Studierenden des ersten Jahrgangs überwiegend aus dem Beruf heraus beworben haben, können sich auch Absolventen direkt um einen Platz bewerben. Allerdings nur, sofern sie über eine entsprechende Berufsausbildung oder Praxiserfahrung verfügen. Die Bewerbungsfrist für den nächsten Jahrgang endet am 15. August 2006.

***Föderalismusreform* Bisher einheitliche Beamtenbesoldung diskriminierend?**

Hannover (fsu) Zur Föderalismusreform wurde jetzt Professor Stefan Homburg, Finanzwissenschaftler und Mitglied der damaligen Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung, befragt. So sagt er in der F.A.Z., die „wichtigste Änderung“ in dem Gesetzentwurf sei die Übertragung der Kompetenzen für Laufbahnen und Besoldung der Beamten an die Länder.

Aber die ärmsten Länder befürchteten den Verlust ihrer besten Leute, wenn sie weniger als die Reichen zahlten, wurde dem entgegengehalten. Darauf erwiderte der Finanzexperte der Uni Hannover, auch ärmere Regionen mit niedriger Besoldung könnten Leute halten, weil z. B. ein Professor in Greifswald einen höheren Lebensstandard habe als sein Kollege in München mit dem gleichen Gehalt. Deshalb sei gerade die einheitliche Besoldung diskriminierend.

Diese Argumentation ist in mehrfacher Hinsicht zweifelhaft. Erstens: Gleiche Gehälter haben die beiden oben genannten Professoren unter dem Strich nie bezogen. Die Einheitlichkeit trifft wohl für das Grundgehalt zu. Das Beamtengehalt insgesamt setzt sich aber aus einer ganzen Reihe von Bestandteilen zusammen, auch wohnortspezifischen. So ist bereits der Ortszuschlag beim Gehalt in Greifswald sehr viel niedriger als der in München.

Zweitens ist kaum nachvollziehbar, warum Professoren in Greifswald einen höheren Lebensstandard haben sollten, als ihre Kollegen in der Kulturmetropole München. Denn unter Lebensstandard wird laut Duden nicht nur das Niveau der materiellen Lebensbedingungen, sondern auch der immateriellen verstanden.

Drittens: Jeder, der z. B. mit Stellennachfragen junger Studienreferendare für die aufzunehmenden Schulen zu tun hat, wird wissen, wie ungern sich die Bewerber in strukturschwache Regionen abordnen oder versetzen lassen. Und dann sollen diese hier künftig auch noch weniger verdienen als andersorts – mit der Begründung eines herausgehobenen Lebensstandards, den man sich in einer ärmeren Region besser leisten könne, als in einer anderen Umgebung, in der man mehr Möglichkeiten hat, am kulturellen Leben teilzunehmen? Das ist diskriminierend – und weniger die derzeit einheitliche Besoldungsordnung in den Bundesländern.

DBB und DGB laden zu Konferenz „Föderalismus im Öffentlichen Dienst“

Auf einer Konferenz am 22. Juni 2006 im dbb forum berlin wollen dbb und DGB mit politisch Verantwortlichen aktuelle Entwicklungen zum „Föderalismus im öffentlichen Dienst“ diskutieren. „Es war nicht im Sinne der Pflege des Parlamentarismus, dass die Gewerkschaften an der Anhörung über die geplante Kompetenzverlagerung vom Bund auf die Länder nicht beteiligt wurden, weil man unsere Gegenargumente offenbar nicht hören wollte“, sagte dbb Chef Peter Heesen mit Blick auf die Pläne der Bundesregierung, im Zuge der Föderalismusreform das Beamtenrecht in Länderhand zu legen. „Nun laden wir unsererseits die Parlamentarier zu einer Anhörung ein“, so Heesen am 26. Mai 2006 in Berlin.

Die Tagung wird vom DGB-Vorsitzenden Michael Sommer

eröffnet. Eingeladen sind unter anderen die Ministerpräsidenten Edmund Stoiber (Bayern) und Harald Ringstorff (Mecklenburg-Vorpommern) sowie die Spitzen der Fraktionen des Deutschen Bundestages. Gespannt sehe man den Darlegungen von Hans-Dietrich Genscher entgegen, einem „Zeitzeugen für die Kompetenzzentrierung beim Bund“, so Heesen. Der FDP-Politiker war 1971 Bundesinnenminister, als der Bund die Zuständigkeit erhalten hatte, das Dienstrecht einheitlich für die Beamten in Bund, Ländern und Gemeinden zu regeln. Das will die große Koalition nun im Zuge der Föderalismusreform rückgängig machen.

dbb newsletter 065/2006 vom 26.05.2006

Aus der Verbandspolitik

„Tea – Team“

BLBS zum Gedankenaustausch beim Niedersächsischen Kultusminister

Hannover (ha) Kultusminister Bernd Busemann empfing den BLBS Bundesvorsitzenden Berthold Gehlert, seinen Stellvertreter Horst-Henning Wilke und den Landesvorsitzenden Heinz Ameskamp zum politischen Gedankenaustausch. Zur fachkompetenten Unterstützung nahm MD Gerhard Lange, Abteilung Berufliche Bildung, an dem Gespräch teil.

Traditionell empfing der Minister seine Gäste mit ostfriesischem Tee. Anschließend informierte er die BLBS Vertreter über aktuelle Positionen des Landes Niedersachsen zu bildungs- und berufspolitischen Themen. Thematische Schwerpunkte waren:

- Umsetzung des Berufsbildungsgesetzes in Niedersachsen
- Der Ausbildungsmangel und seine Konsequenzen
- ProReKo
- KMK und die Förderalismusdiskussion
- Europäischer Qualifikationsrahmen und sein Einfluss auf die berufliche Bildung

Ausführlich wurde die Entwicklung der Anrechnung von vollschulischen Ausbildungsgängen nach 2009 besprochen. Niedersachsen ist hier schon sehr weit mit seinen Vorstellungen. Möglicherweise kann das neue Konzept schon 2008 greifen. Alle Beteiligten hatten auch Konsens in der Beurteilung der Problematik des Ausbildungsplatzmangels. Niedersachsen wird hier auch weiterhin entsprechende Angebote vorhalten, um mit vollschulischen Bildungsgängen das Problem abzufedern. Zur Förderalismusdebatte erklärte der Minister, dass es hier auch viele positive Ansätze aus seiner Sicht gäbe. Diese seien

der Öffentlichkeit durch die KMK möglicherweise noch nicht umfassend vorgestellt worden.

Bei einem zwei Treffen des Ministers mit dem BVN -Vorstand wurde das in unserer Februar/März –Ausgabe veröffentlichte Positionspapier zur Eigenverantwortlichen Schule erörtert.



Erfolg durch BLBS - Kompetenz (v.l.): Ministerialdirektor Gerhard Lange, Stellv. Bundesvorsitzender Henning Willke, Landesvorsitzender Heinz Ameskamp, Kultusminister Bernd Busemann, Bundesvorsitzender Berthold Gehlert

Rechtsschutz Hinweise zum Verfahren für die Rechtsschutzgewährung

Der BLBS steht für alle Probleme aus derzeitigen oder früheren beruflichen bzw. gewerkschaftlichen Tätigkeiten mit seiner Beratung wie auch der Prozessführung einschließlich der Übernahme der Verfahrenskosten zur Verfügung. Dazu gehören: alle Forderungen aus dem Dienst- wie dem Arbeitsverhältnis, der rechtliche Schutz der Tätigkeit als Mitglied eines Personalrates, als Frauenbeauftragte oder aus der Tätigkeit als Vertrauensmann/Vertrauensfrau für Schwerbehinderte – nach entsprechender Rechtsschutzzusage.

Rechtsschutz setzt das Bestehen einer Mitgliedschaft vor Eintritt des Problemfalls voraus. Rechtsschutz verbietet sich in der Regel bei Vorsatztaten im Straf-, Disziplinar- und Ordnungswidrigkeitsrecht.

Rechtsschutz in dem umschriebenen Umfang setzt einen Rechtsschutzantrag voraus. Wenden Sie sich bitte direkt an den stellvertretenden Landesvorsitzenden des BLBS – Zuständigkeitsbereich Rechtsschutz – Lutz-Michael Hempfing, Tel. (0 42 98) 3 03 94, Fax (0 42 98) 6 99 14 11.

Von ihm erhalten Sie einen Rechtsschutzantrag, den Sie mit Ihren persönlichen Daten – Status, Erreichbarkeit, etc. – versehen. Gleichzeitig werden Sie um eine kurze schriftliche Stellungnahme Ihres Rechtsschutzbegehrens gebeten. Dem Antrag sollten Sie sämtliche Schriftstücke, die im Zusammenhang mit dem Rechtsschutzbegehren stehen, in Kopie beifügen. Das so gesammelte Material wird von Herrn Hempfing direkt an das zuständige Dienstleistungszentrum des DBB weitergereicht. Hier erfolgt die weitere rechtliche Bearbeitung.

Nach dem Eingang der erforderlichen Unterlagen nimmt das Dienstleistungszentrum mit Ihnen Kontakt auf. In der Regel erfolgt eine Eingangsbestätigung für die eingereichten Unterlagen und eventuell noch fehlende Unterlagen werden nachgefordert.

Dann beginnt die mündliche oder schriftliche Beratung. So-

fern der Rechtsschutzfall in einen Verfahrensrechtsschutz mündet, werden die einzelnen Verfahrensabschnitte mit Ihnen abgestimmt. Von sämtlichen Schriftstücken in Ihrer Angelegenheit erhalten Sie Kopien für Ihre Unterlagen, so dass Sie jederzeit über den aktuellen Stand des Verfahrens informiert sind.

Für den Fall eines drohenden Fristablaufs (etwa wenn ein Verwaltungsakt mit einer ordnungsgemäßen Rechtsbehelfsbelehrung versehen war) werden Sie nach der Kontaktaufnahme mit Herrn Hempfing von diesem kurzfristig an das zuständige Dienstleistungszentrum weitergeleitet, um eine sachgerechte Sofortberatung zu erhalten. In einem derartigen Fall muss selbstverständlich schnell gehandelt werden, um dem drohenden Fristablauf zu begegnen.

Lutz- Michael Hempfing

Aus den Bezirksverbänden

1831 bis 2006: 175 Jahre Berufsbildende Schulen I Stade

Am 9. Januar 1831 wurde die Schule als Sonntagsschule für Handwerkerlehrlinge durch den Magistrat der Stadt eröffnet. 20 Handwerkslehrlinge wurden als erste Schüler eingetragen, die Teilnahme am Unterricht war freiwillig. Zu den Lehrern im Nebenamt gehörte der Namensgeber und Glasermeister Wilhelm Heinrich Jobelmann. Später wurde Jobelmann Schulleiter und sorgte für die Berufsschulpflicht für alle Gewerke der Stadt Stade.

In 175 Jahren ist die JOBELMANN-SCHULE eine angesehene und moderne Bildungsstätte mit einem vielfältigen Angebot an Schulformen geworden. 2300 Schülerinnen und Schüler werden von 127 Lehrerinnen und Lehrern in den traditionellen Handwerksberufen bis zu den IT-Berufen, Chemieberufen, Hauswirtschaft und Sozialpädagogik ausgebildet.

Durch verschiedene Projekte und Aktionen erwarb die JOBELMANN-SCHULE mehrfach die Auszeichnung „Umweltschule in Europa“. Schulpartnerschaften wurden nach Finnland, Island, England und Polen geknüpft.

In der Jubiläumswoche stand u.a. die Präsentation der Berufsfelder und am offiziellen Festtag eine Feierstunde mit vielen Gästen aus der Region und dem Festredner Kultusminister Bernd Busemann im Mittelpunkt.

Zum Abschluss des Festtages fand eine Podiumsdiskussion mit Experten aus Handwerk, Industrie, dem Studienseminar und

Herrn Gerhard Lange als stellvertretenden Abteilungsleiter des MK, Abt.4, zum Vortrag von Prof. Dr. Thomas Vollmer (Uni Hamburg) zum Thema „175 Jahre Erfahrung – ein Blick in die Zukunft. Perspektiven und Herausforderung für die berufliche Bildung.“ statt.

Hans-Dieter Blohm



Aus Anlass des Jubiläums wurde eine Gedenkmünze in der JOBELMANN-SCHULE geprägt. Herr Kultusminister Busemann (rechts) hatte die Aufgabe, die erste Münze zu fertigen. Er wurde dazu mit Schulleiter Lothar Lücke (Mitte) vom Kollegen Christian Suling in die Technik des Münzprägens eingewiesen.

Leer mit neuem Ortsverbandsvorstand

Im März 2006 fand mit guter Resonanz eine Ortsverbandssitzung des OV Leer im Bezirk Ostfriesland statt. Der OV Leer umfasst die Schulen BBS I und BBS II Leer und die BBS Borkum. Nach über 20jährigem Vorsitz im Ortsverband legte Norbert Boese diese Tätigkeit in jüngere Hände. Zu seinem Nachfolger wählten die OV-Mitglieder Hermann Schmidt, der sich beim Kollegen Boese für die langjährige Arbeit bedankte und ihn mit einem tollen Präsentkorb überraschte. Die neue Mannschaft um Hermann Schmidt sind: Jens Wallenstein und Silvia Eiken als stellvertretende OV-Vorsitzende, Arthur Ley als Schriftführer und Kobus Frühling als Kassierer (siehe Bild). Als Kassensprüfer fungieren Gerhard Baumann und Helmut Hoppe.

Auf der OV-Sitzung referierte Bezirkspersonalratsmitglied Peter Weers ausführlich zum Thema „eigenverantwortliche Schule“ und moderierte die anschließende Aussprache. Herr Boese berichtete daneben aus der Arbeit im Ortsverband, im Bezirk und im Landesverband sowie aus der Arbeit des BVN. Er dankte allen seinen Mitstreitern im Ortsverband für die engagierte Arbeit und für das nicht müde werdende erfolgreiche Wer-

ben um neue Mitglieder. Rege Diskussionen und ein gemeinsames Abendessen rundeten diese gelungene OV-Sitzung ab.

Norbert Boese

Hermann Schmidt



Von links: Jens Wallenstein, Hermann Schmidt, Silvia Eiken, Arthur Ley, Kobus Frühling

Aus der Wirtschaft

Wirtschaft als Partner der Schulen

Hauptschüler und Lehrer nicht mit der Hoffnung auf bessere Zeiten vertrösten

Dortmund/Kiel (fsu) Zur Zukunft der Hauptschule wurde jetzt die schleswig-holsteinische Bildungsministerin Ute Erdsiek Rave (SPD) befragt. Sie übernahm Anfang des Jahres das Amt der Präsidentin der Kultusministerkonferenz der Länder (KMK) und es ist hier ihre Aufgabe, die Interessen der Länder in der Bildungspolitik zu bündeln und gegenüber dem Bund zu vertreten. In der westfälischen Rundschau sagte sie, die Hauptschulen dürften nicht als „Sammelbecken für Problemfälle“ stigmatisiert, sondern sie müssten gestärkt werden.

Auf Dauer werde es bereits wegen der demografischen Entwicklung zu mehr Kooperationen zwischen den Schularten kommen müssen. Dabei dürften Schüler und Lehrer nicht damit vertröstet werden, „dass sich irgendwann das Schulsystem verändern wird“. Es komme jetzt darauf an, die Hauptschulen mit guten Konzepten, die der Lebenswirklichkeit der Schüler entsprechen und die sie auf den Beruf vorbereiteten, aktuell zu stärken und zu stützen. Dabei sei auch die Wirt-

schaft gefragt, die öffentlich private Partner- und Patenschaften neben den Ausbildungsplätzen anbieten müsse.

Weiterhin plädiert Erdsiek-Rave ähnlich wie ihre NRW-Kollegin Barbara Sommer für eine Erhöhung der Praxisanteile in der Lehrerbildung. Die gestufte Bildung über konsequente Entwicklung von Bachelor- und Masterstudiengängen böte hierzu eine große Chance.

„Privatisierungswahn“?

Bildungssponsoring an öffentlichen Schulen

Frankfurt (fsu) „Privatisierungswahn bald auch an deutschen Schulen?“ So hieß es jetzt in der Zeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Daneben ein großes Bild mit dem Straßenschild im Vordergrund, Name: McDonald´s-Straße. Unter dem Foto die Schlagzeilen: „Allianz-Gymnasium“ und „Thomy-Realschule“? „GEW-Report enthüllt Privatisierungstendenzen an öffentlichen Schulen“.

Was dann unter dem spektakulären Titel im weiteren ausgeführt wird, ist für den an Bildungsfragen interessierten Leser und Internet- Nutzer nichts neues: Große Firmen kümmern sich inzwischen um Bildungsfragen und finanzieren unter anderem Unterrichtsmaterialien. Fördervereine ermöglichen vielen Ganztagschulen heute die notwendigen Nachmittagsangebote, und vor dem Hintergrund desolater Staatsfinanzen wächst die Bereitschaft von Unternehmen und Privatpersonen, sich in Bildungsfragen gemeinsam mit den staatlichen Schulen zu engagieren. Das sei kein Zufall, sondern von „der Politik“ so gewollt, heißt es in dem Artikel.

So weit so gut. Die Frage jedoch bleibt, wem nützt ein derartig aufgemachter Beitrag? Den Schülerinnen und Schülern eher nicht, denn sie haben ein berechtigtes Interesse daran, dass Unterricht praxisnäher gestaltet wird und sie besser auf das Arbeitsleben vorbereitet werden. Pisa hin – Pisa her: Die andauernde Klage von der mangelnden Berufsreife unserer Jugendlichen wird schon zu lange auf ihrem Rücken ausgetragen. Die Heranwachsenden von heute sind besser, als ihr Ruf. Aber sie brauchen mehr denn je eine erstrebenswerte Perspektive, die Eltern, Erzieher und Lehrer ihnen in ihrem Umfeld mit den gegebenen Möglichkeiten vermitteln können

– bei aller Sorge um die schwierige Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Und eine gegebene Möglichkeit ist das Bildungssponsoring. Interessant ist auch, dass Schüler diesen Dingen viel aufgeschlossener gegenüberstehen, als dies oft bei Lehrern der Fall ist.

Dabei bleibt es unbestritten, dass der Staat sich nicht aus der Verantwortung für die Bildung zurückziehen und vieles dem bloßen Sponsoring überlassen darf. Auf der anderen Seite macht es aber wenig Sinn, vom Staat zu fordern, immer mehr Geld in die Bildung hineinzupumpen, ohne zu verlangen, dass sie dadurch effizienter würde? Denn der Geldsegen allein bringt es gewiss nicht. Das mag wohl beim Shareholder Value an der Börse gelten, nicht aber in der Bildung.

Fazit: Wenn weniger Stimmung gegen Bildungssponsoring, Fördervereine und öffentlich private Partnerschaften gemacht würde, wäre das für alle gewiss ein großer Fortschritt. Industrie, Handel und Handwerk würden auch für die allgemein bildenden Schulen zu dem, was sie für die Berufsschulen sei jeher sind, nämlich verlässliche Partner in der dualen Ausbildung und Bildung.

Kommentar

Niedersachsen Gesetzentwurf zur Eigenverantwortlichen Schule – ein Aufbruch in den Köpfen?

Von Friedrich Susewind

Hannover (fsu) „Der eine wartet, dass die Zeit sich wandelt, der andere packt kräftig an und handelt“, dies scheint laut Dante Alighieri im Italien des 13ten Jahrhunderts nicht anders gewesen zu sein als es hierzulande heute ist. Und so kommt nun der neue „Gesetzentwurf zur Stärkung der Selbstständigkeit der Schulen“ daher.

Mit dem neuen Gesetz wird Niedersachsen in der Bildung kräftig anpacken und in Zukunft verstärkt auf die Eigenverantwortung aller Schulen setzen. Ob dies mit dem in der jetzigen Fassung vorliegenden Papier allerdings rundum gelingen

kann, bleibt fraglich. Mussten doch möglichst viele, wohl auch einander widersprechende Interessen unter einen Hut gebracht werden.

Bei dem Bemühen um einen gemeinsamen Nenner zeichnet sich indes ein Kuriosum ab: Die seit Jahrzehnten von den meisten Lehrern wenig geliebten und als pädagogische Monster bezeichneten Gesamtkonferenzen großer Schulen sollen weiterhin viele Entscheidungsbefugnisse behalten, jedoch in weitaus differenzierter Form. Und so wundert es nicht, dass das Wort „Konferenz“ gleich über fünfzigmal in dem Papier von knapp 15 Seiten vorkommt. Demnach läge selbst die Einrichtung von Schulbeiräten, mit denen man bemüht sein will, Sachverstand von außen in die Schulen einzuholen, bald in Zuständigkeit der Gesamtkonferenz und nicht etwa bei der Schulleitung, die heute auf eine stärkere Vernetzung mit dem Arbeitsmarkt bedacht sein muss. Dass bei wichtigen Entscheidungen starke Gesamtkonferenzen die Schulleitung nahezu neutralisieren könnten, das ist nicht neu. Auch der Verfasser hat dies als Konferenzteilnehmer gelegentlich miterlebt, z. B. als es darum ging, an einem Schulstandort den Modellversuch zur Eigenverantwortlichen Schule „ProReKo“ (Projekt Regionales Kompetenzzentrum) zu beantragen.

Fazit: Während Wirtschaftsexperten jetzt von Aufbruch sprechen, die Industrie von vorsichtigem Optimismus und

der Handel von Hoffnung, kommt ein in mancher Hinsicht eher weichgespülter Gesetzentwurf daher. Gleichwohl geht die Novelle einigen Funktionären der Lehrgewerkschaft bereits viel zu weit, wobei orakelt wird, die Schulleiter „mutierten“ alsbald in ihrer neuen Funktion als Dienstvorgesetzter vom „Primus inter pares“ zum Zerberus.

Dazu wird es nicht kommen, denn die Schulen vermögen im Zusammenspiel mit ihren Partnern aus Industrie, Handel und Handwerk viel mehr zu leisten, als ihnen allgemein zuerkannt wird. Die Rechnung geht aber nur dann auf, wenn sich der Schulbeirat nicht, wie gesetzlich beabsichtigt, überwiegend aus Mitgliedern der Gesamtkonferenz rekrutiert, sondern wenn die Mehrzahl der Mitglieder des Schulbeirates von außerhalb kämen und ein einvernehmliches Miteinander bestünde. Nur so kann der Schulbeirat an den Schulen Niedersachsens künftig eine wesentliche ihm zugedachte Aufgabe erfüllen, nämlich Sachverstand von außen einzubringen und die Schule in ihrem Entwicklungsprozess zu unterstützen, zu fördern und zu beraten. Hier liegt die große Chance! Sie sollte nicht vertan werden.

Gleichstellung für alle?

(rb) Ein Jahr nach der Änderung der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) sind von ehemals 184 heute noch 139 hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte geblieben. Was früher eindeutig als Frauenbeauftragte daherkam, firmiert nun seit Jahresfrist als Gleichstellungsbeauftragte. War bisher unzweifelhaft, dass die haupt-, neben- und ehrenamtlichen Frauenbeauftragten eine öffentliche Veranstaltung waren, um das letzte uneingelöste Versprechen der 68-iger Zeit, die Gleichberechtigung der Frauen, durchzusetzen, dürfen sich die nun umbenannten Amtsinhaberinnen um einfach alle kümmern, die sich subjektiv oder objektiv nicht gleichgestellt fühlen – von den Behinderten und den Senioren bis zu denjenigen, die sich aus religiösen Gründen zurückgesetzt fühlen, oder auch den Transsexuellen. Das neue Allgemeine Diskriminierungsgesetz wirft die Frage auf, inwieweit die Gleichstellungsbeauftragten hier an die Front müssten, wenn Menschen sich am Arbeitsplatz diskriminiert fühlen. Es gibt so viele, die zurückgesetzt werden, dass einem gar nicht alle Personengruppen und Sachverhalte einfallen, die in Frage kommen. Die Frauenbeauftragten als BAT-dotierte Speerspitze des Staates für die Frauenförderung jedenfalls verschwinden zugunsten von Gleichstellungsbeauftragten, die im Zuge der Kindernot in Deutschland häufig gleich auch Familienbeauftragte werden, sodass die reine Frauenpolitik immer mehr aus dem Fokus eliminiert wird. Dies ist umso schlimmer, als der allgemeine Frauenfortschritt à la von der Leyen mit der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf zwar von der Industrie zumindest mitgefördert wird, aber tatsächlich nicht zuerst auf

mehr Gleichberechtigung der Frauen abzielt, sondern auf mehr Kinder und den zukünftigen Erhalt der qualifizierten weiblichen Arbeitskräfte. Von gleichem Lohn für gleiche Arbeit für Frauen in der Wirtschaft ist dabei immer noch nicht die Rede, auch nicht von mehr Frauen in Führungspositionen. Das alberne Gehampel um die Vätermomente beim Elterngeld zeigt, dass politisch mitnichten ein partnerschaftliches Denken vorhanden ist. Was für die Frauen selbst ein Vorteil wäre, wird weniger diskutiert. Was jetzt passiert, macht die Frauen wie zu allen Zeiten wieder eher zum Mittel (Kinder, Arbeitskräfte), anstatt sie zu fördern als Zweck, Selbstzweck, und nicht als Instrument zu benutzen. Keine Rede von Selbstverwirklichung, von persönlicher Freiheit durch eigenes Einkommen und Absicherung durch eigene Rente. Keine Ideen, Visionen mehr – funktionieren sollen die Frauen und vor allem Kinder kriegen. Wer spricht eigentlich mit den Männern darüber? Der Instrumentalisierung von Frauen stehen in Niedersachsen 45 hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte weniger im Wege; von den verbleibenden können viele nach der Kommunalwahl am 10. September mit einfacher Mehrheit abgewählt werden. Fortschritt für Frauen in Deutschland des 21. Jahrhunderts hatte sich manche anders vorgestellt. Die Frauen, die 1968 aufgebrochen waren, wären nicht auf die Idee gekommen, dass die Gleichberechtigung heute übersetzt wird mit ausreichenden Kinderbetreuungsangeboten.

vG

Rundblick Nr. 100 vom 30.05.06

Interview

Arbeitsplätze in Deutschland

McDonald's Deutschland Inc. Mit gutem Beispiel voran

Hamburg (fsu) Als größter Arbeitgeber und Ausbilder in der deutschen Gastronomie sicherte McDonald's im vergangenen Jahr rund 49 000 Arbeitsplätze und mehr als 1660 Ausbildungsplätze. Von den über 200 erfolgreichen Absolventen der Abschlussprüfung konnten nahezu alle in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen werden.

Wie eine Umfrage von TNS Infratest ferner zeigt, gehört das Unternehmen zu den Top 30% der deutschen Betriebe, in denen die Mitarbeiter mit ihren Arbeitsplätzen besonders zufrieden sind. Und so ist es kein Wunder, dass die Teams motiviert, engagiert, kompetent und mit Freude bei der Sache sind. Dies gilt im Restaurantmanagement ebenso wie in den Fachabteilungen der Regionalen Servicecenter bis hin zu dem Haupt-Service-Center in München.

Die gesamte „Mannschaft“ kann auf Dauer jedoch nur dann erfolgreich sein, wenn alle mit im Boot sind und von den Produkten sowie der Firmenphilosophie überzeugt sind:



Regina Klausch – eine von ihnen.

„Neunmal“ Regina Klausch, McDonald's, Department Head Community Relation, Nord

Foto Hubbard-Ford

Frau Klausch, wo haben Sie zuletzt gut gegessen?

Gestern, bei McDonald's.

Was lieben Sie an Ihrer Stadt Hamburg?

Drei Dinge sind es: das viele Grün, das Flair dieser Weltstadtmetropole und dass wir hier über 40 Restaurants haben.

Was fasziniert Sie an Ihrem Beruf?

Die Vielseitigkeit mit ihren zahlreichen Herausforderungen. So steht zum Beispiel morgens eine Kostenanalyse an, mittags steht eine Besprechung mit unserer McDonald's Kinderhilfe auf dem Programm und am Abend halte ich einen Vortrag oder ich bin berufsbedingt auf einem Empfang.

Eine Ihrer eindrucksvollsten Begegnungen war die mit...

einem Mönch. Durch diese Begegnung wurde mein Leben verändert.

Wenn Sie für einen Tag Deutschland regieren sollten, was würden Sie als erstes tun?

Wahrscheinlich würde ich vor Schreck erstarren, und dieser Zustand hielte dann wohl den ganzen Tag über an.

Was wollten Sie immer schon einmal machen, haben es bisher aber aus Zeitgründen noch nicht geschafft?

Einmal einen Roman schreiben, aber das werde ich wohl erst tun können, wenn ich nicht mehr im Arbeitsleben stehe.

Mit wem würden Sie gern einen Abend verbringen und warum?

Mit dem Schriftsteller und Musiker Tomas Mandl. Er war als Jude im KZ und er hat eine faszinierende Lebenseinstellung.

Was sollte einem im Leben unbedingt einmal passieren?

Also entweder die große Liebe oder der große Gewinn im Lotto.

Visionen für die Zukunft Ihres Unternehmens?

Wir wollen weiterhin erfolgreich auf unsere weltweit verbindlichen fünf „P's“ setzen. Diese bedeuten: People, Products, Place, Price und Promotion. Also bestens ausgebildete, geschulte und motivierte Mitarbeiter; hohe Qualität, Attraktivität und guter Geschmack unserer Produkte; einladende Atmosphäre; optimales Preis-Leistungsverhältnis und größtes Vertrauen in unsere Marke.

So bleiben wir unserer Unternehmensphilosophie treu, die in den drei einfachen Worten „ich liebe es“ ihren Ausdruck findet.

Frau Klausch, ich danke Ihnen.

Das Gespräch führte Stefanie Hubbard-Ford.

Kontroverse

Ausbildungspakt hat seine Ziele verfehlt

WIESBADEN. Der vor zwei Jahren geschlossene Ausbildungspakt hat nach amtlichen Zahlen sein Ziel verfehlt. Die Wirtschaft habe 2005 nicht wie versprochen mehr neue Lehrstellen geschaffen, sondern 2,2 Prozent weniger Auszubildende als ein Jahr zuvor neu eingestellt, berichtete das Statistische Bundesamt.

Bundesweit fingen im vergangenen Jahr 559 200 Jugendliche eine Lehre an – zehn Prozent weniger als vor fünf Jahren. „Damit setzt sich der seit 2000 anhaltende Abwärtstrend fort“, meldeten die Statistiker. Dabei machten drei Prozent mehr Schüler als vor fünf Jahren ihren Abschluss.

Nur 2004 habe es einen außergewöhnlichen Zuwachs von 1,3 Prozent gegeben.

Dieser Wert sei aber ein statistischer Ausreißer gewesen und habe keine Trendwende eingeleitet. Die Gewerkschaften kritisieren den Ausbildungspakt als gescheitert. Bundesregierung und Wirtschaft sehen den Pakt dagegen als Erfolg und wollen ihn um drei Jahre verlängern.

Ein Sprecher von Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) räumte ein, dass es 2005 nicht gelungen sei, unterm Strich mehr Ausbildungsplätze zu schaffen. Allerdings seien in erheblichem Maße neue Lehrstellen geschaffen worden. „Die Beteiligten sind insofern ihren Verpflichtungen nachgekommen und haben sie teilweise übertroffen“, sagte Ministeriumssprecher Florian Frank. Leider seien an anderen Stellen Plätze abgebaut wurden. Ohne die Anstrengungen der Wirtschaft sähe es aber noch viel schlimmer aus. Die Grünen sprachen von einer Blamage für Schavan.

Laut Statistischem Bundesamt in Wiesbaden ging die Zahl der neuen Vertragsabschlüsse vor allem im Handwerk (minus 4,8 Prozent) und bei Berufen im Bereich des öffentlichen Dienstes (minus neun Prozent) zurück.
dpa/ap

Hannoversche Allgemeine Zeitung 30.03.2006

English for technical schools



Engineering Report
Fachzeitschrift für
Technisches Englisch.
Wertvolle Originalartikel
mit Erläuterungen in
deutscher Sprache und
phonetischer Schrift IPA.
Eine geeignete Ergänzung
für den Unterricht an
Technik-Schulen und zur
Orientierung über
Neuheiten.

Sehr geehrte Leserin - Sehr geehrter Leser

Aus Erfahrung wissen wir, dass es nicht einfach ist, anspruchsvolle Texte als Ergänzung des Englisch-Unterrichts zu finden. So behilft man sich oft mit dem Ausschnitt aus einem englischsprachigen Journal oder aus einer Zeitung. An dieser Stelle schließen wir mit unserer zweimonatlichen Zeitschrift eine Lücke. Hier finden Sie Artikel von Niveau, die instruktiv und unterhaltsam sind.

Es überwiegen Themen aus der Technik über Neuheiten und Neuigkeiten; doch auch über Allgemeines aus dem Berufsleben wird berichtet. Das Jahresabonnement (6 Ausgaben) kostet **Euro 30.-** (nur für Schulen), sonst Euro 39.-. Bestellung einfach per **FAX 0041.56.282 23 82** Sie können gern ein Probeexemplar anfordern.

Wir wünschen, dass auch Ihnen Engineering Report beim Englisch-Unterricht von Nutzen sein wird.

Mit freundlichem Gruss
Engineering Report

Georg Möllerke
Rebbergstrasse 2B
CH-5416 Kirchdorf
www.moellerke.ch

Leserbriefe

Zum Artikel „Wulff will Islam-Unterricht“

HAZ vom 30.01.2006

bemerkt unserer BLBS- Ehrenvorsitzender Heinrich Rötter:

Sich gegenseitig z.T. bekämpfende Religionen sollten besser kein Unterrichtsfach sein! Dafür sind die Unterrichtszeiten und die Lehrergehälter wirklich zu schade.

Um jungen Menschen etwas über auf dieser Welt bestehenden Religionen und deren Sinn zu berichten, wäre es sinnvoller, nach §128 des Niedersächsischen Schulgesetzes zu verfahren: Anstatt am Religionsunterricht teilzunehmen, sind

Schülerinnen und Schüler verpflichtet, am Unterricht in „Werte und Normen“ teilzunehmen, um religionskundliche Kenntnisse, das Verständnis für die in der Gesellschaft wirksamen Wertvorstellungen und Normen und den Zugang zu philosophischen und weltanschaulichen Fragen vermittelt zu bekommen. Ein Religionsunterricht kann dann außerschulisch von den Religionsgemeinschaften übernommen und finanziert werden.

Wir informieren

„Plusstunden“

Zugehört bei Pisa- plus

Köln (fsu) Forum „Pisa-plus“ im Deutschlandfunk (DLF), Kommunikation mit Hörern, gute Sendung mit Bildungsauftrag: Ein jeder kann anrufen, in die Leitung kommen und mitreden. Radio leiser stellen - wegen der akustischen Rückkopplung - und man ist mit etwas Glück „auf Sendung“. Wie die Stimme des Gymnasiallehrers, eines Studiendirektors aus der Schule eines fernen Bundeslandes, Träger einer Funktionsstelle – wie es im Amtsdeutsch heißt - mit der damit verbundenen Anzahl wöchentlicher Freistellungsstunden von der heute nicht immer einfachen Unterrichtstätigkeit.

Als Lehrer engagiere er sich für eine frühzeitige Orientierung seiner Schüler im Blick auf ihr künftiges Berufsleben. So studiere er mit seinen Klassen im Internet diverse Firmenauftritte, fördere seine Schüler hinsichtlich ihrer Berufswünsche und sei auch sonst noch in dieser Richtung aktiv. Dafür bekäme er zwei zusätzliche Stunden an Unterrichtsermäßigung pro Woche. Diese reichten aber bei weitem nicht aus, um seinen Aufwand abzudecken, sagte er. Zugegeben, er sei so etwas wie ein Vorreiter, wenn´s um berufliche Orientierung der Schüler in seinem Gymnasium gehe.

Wie viele Stunden der Kollege nun insgesamt pro Woche in der Klasse ist, wollten wir hier nicht nachrechnen: Fest steht aber: Das war kein guter Auftritt im DLF. Denn dass es in den Berufsschulen durchweg „einfache“ Studienräte sind, die sich über ihre Unterrichtstätigkeit hinaus gemeinsam mit unseren Lehrern für Fachpraxis in Teamarbeit entsprechend einsetzen und für die die oben erwähnten Tätigkeiten seit jeher zum Alltagsgeschäft gehören, und zwar ohne auf die Unterrichtstätigkeit anzurechnende Plusstunden, das verdient volle Anerkennung. Dabei täte der Wertschöpfung im Klassenzimmer

sowie den Arbeitsbeziehungen in unseren Berufsschulen die in Niedersachsen angekündigte Laufbahnöffnung der Fachpraxislehrer nach A 11 recht gut.

Erkenntnis: Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung, da sind wir im Deutschland des tradierten humboldtschen Bildungsideals noch längst nicht am Ziel. Packen wir es gemeinsam mit den Lehrern aller Schulformen und den Unternehmen aus Industrie, Handel und Handwerk jetzt an. Führen wir den in Niedersachsen erfolgreich beschrittenen Weg in der Bildungspolitik weiter. Der Weg ist das Ziel, rufen wir weniger nach dem Vater Staat, sondern arbeiten wir in unseren Eigenverantwortlichen Schulen mit unserem „Humankapital“. Dieses Wort, das eine Gruppe von Germanisten zum „Unwort des Jahres 2005“ gekürt hatte, empfinden unsere zigtausend Jugendlichen ohne Arbeit übrigens nicht als ihren Weltuntergang. Ihr Weltuntergang ist indes die unendliche Geschichte ihrer oft hoffnungslosen Lehrstellen- und Arbeitssuche.

Kommunen fürchten um ihre Bildstellen

(rb) Hannover. Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens hat massive Bedenken gegen die geplanten Neuregelungen für den Einsatz von Lehrkräften als medienpädagogische Berater in den Kreis- und Stadtbildstellen.

Auf Kritik der Kommunen stoßen nicht nur die geplante Reduzierung der Anrechnungsstunden der dafür eingesetzten Lehrkräfte um nahezu 50 Prozent und der rein an Schülerzahlen orientierte Verteilungsschlüssel, sondern auch die Beschränkung der medienpädagogischen Beratungstätigkeit auf Schulen und Kindertagesstätten. Die Spitzenverbände sehen damit die künftige Arbeit der „Medienzentren“ vor Ort, die in der Vergangenheit überwiegend durch kommunale Träger „erheblich“ mit Sachmitteln und auch mit eigenem Personal ausgestattet worden seien, in Frage gestellt. Der Ausschluss von Lehramtsstudenten, Studienseminaren, Universitäten und Fachhochschulen sowie von Jugend- und Bildungseinrichtungen vor Ort stehe im Widerspruch zu einem umfassenden Bildungsansatz; aber auch zu den Erkenntnissen des Kuratoriums des Vereins n-21, das „erheblichen Nachholbedarf“ beim Einsatz neuer Medien in Niedersachsen konstatiert habe. Die

Aufteilung der Beratung für Schulen und Kindergärten durch Pädagogen des Landes und die der Übrigen durch das vorhandene kommunale Personal behindere die Arbeit der Medienzentren und lasse „keinen Vorteil in der Sache erkennen“, klagt die Arbeitsgemeinschaft. Einige kleine Träger hätten bereits gemeldet, mit den künftig fünf bis sechs Anrechnungsstunden den Betrieb nicht fortführen zu können. Die Kommunen bezweifeln außerdem, dass sich die vom Kultusministerium avisierte Online-Verbreitung digitaler Medien durch „zentralisierte Medienzentren“ in naher Zukunft umsetzen lässt, zumal „in großen Teilen des Landes“ u.a. die Übertragungsnetze fehlten. Die Spitzenverbände haben an Kultusminister Bernd Busemann appelliert, den Erlassentwurf zurückzuziehen.

Rundblick Nr. 63 vom 03.04.06

Hirche präsentiert gemeinsames Arbeitsprogramm mit dem Handwerk

(rb) Hannover. Wirtschaftsminister Walter Hirche und die Vereinigung der Handwerkskammern Niedersachsen sowie der Unternehmerverbände Handwerk haben ein gemeinsames „Arbeitsprogramm Handwerk 2006“ verabschiedet und am Mittwoch der Öffentlichkeit vorgestellt.

Es basiert auf fünf zentralen Zielen – der Reduzierung der Arbeits- und Bürokratiekosten, der Chancengleichheit im Wettbewerb, der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, der Eigenkapitalstärkung und Liquiditätsverbesserung sowie der Reform der Organisationsstrukturen des Handwerks. Im einzelnen verständigten sich die Partner darauf, dass zur Reduzierung der Bürokratiekosten u.a. die gesetzliche Unfallversicherung reformiert und Zuständigkeitsüberschneidungen beim Arbeitsschutz beseitigt werden und Handwerkerrentenpflichtversicherungen abgeschafft werden sollten. Zudem sei anzustreben, statistische Erhebungen durch stärkere Nutzung von Sekundärdaten zu verringern und das Arbeitsrecht insgesamt zu modernisieren. Unter das Thema Eigenkapitalstärkung fällt

die geplante Mehrwertsteuererhöhung, die von Hirche ebenso wie von den Handwerksverbänden strikt abgelehnt wird. Eine Liquiditätsverbesserung soll erreicht werden durch die Einführung eines Verfahrens zur vorgerichtlichen Betreuung unbestrittener Forderungen, die Umstellung der Umsatzsteuer von der Soll- auf die Ist-Besteuerung sowie durch eine bis zu zehnjährige Stundung der Erbschaftsteuer bei Betriebsfortführung. Zur Wahrung der Chancengleichheit im europäischen Wettbewerb erwartet das Handwerk von der Politik eine stärker Berücksichtigung seiner Interessen auf Europa-, Bundes- und Landesebene und mittelfristig die Abschaffung der Ökosteuerbelastung.

Rundblick Nr. 66 vom 06.04.06

„Keiner darf verloren gehen“

Initiative des Deutschen Industrie- und Handelskammertag für mehr Schulerfolg

Berlin (fsu) „Keiner darf verloren gehen“, so überschrieben wir in unserer Juli/August – Ausgabe vor genau zwei Jahren das Portrait von Walter Menekes, einem mittelständischen Unternehmer der Elektrobranche, der weltweit über 600 Mitarbeiter beschäftigt, allein an seinem Stammsitz im Sauerland über 30 Lehrlinge ausbildet und sich in der Berufsausbildung ehrenamtlich engagiert.

Zuvor hatten wir den Firmenchef in einem Vortrag erlebt, den er vor Schülern eines Gymnasiums der Benediktiner in einem Kloster hielt – wie er eher ungewohnt hinter einem Pult stand, das sonst zu Messelesungen dient. Wirtschaftslehre hinter Klostermauern; aber er las den Schülern einmal nicht die „Levitik“, beklagte nicht ihre zum Teil unzureichende Berufsreife, sondern verstand es, sie aufzubauen wie es sonst nur ein herausragender Fußballtrainer in seiner Mannschaft versteht. „Keiner von Euch darf verloren gehen, jeder ist ein Original“, so rief es Menekes fürsorglich den Jugendlichen zu, die ein Recht auf Zuwendung und Zukunft haben. Aber für zigtausend nicht so gut qualifizierte Jugendliche sind die Chancen auf ein Berufs- und Arbeitsleben heute eher gering. Ein Pulverfass. Wie kann dieser negative Trend gebremst werden?

Wie der DIHK unserer Zeitung mitteilt, will er mit einer Agenda für mehr Schulerfolg die Kultusminister der Länder nun aufrütteln. Das Programm sieht vor, dass bereits im Kindergarten für die notwendige Schulreife gesorgt wird. Das heißt: Für die Erzieherausbildung soll es eine Eignungsfeststellung und eine grundsätzlich stärkere Bildungsorientierung geben. Bei

den Lernjahren 10 bis 16 wird die Berufsorientierung und das Wissen um die eigenen Fähigkeiten eine größere Rolle spielen als bisher. Dabei könnten Lern- und Erziehungsvereinbarungen zwischen Schulen, Eltern und Schülern helfen, die sozialen und persönlichen Kompetenzen der Schüler sowie ihre Selbstverantwortung für das Lernen stärker zu entwickeln.

Insgesamt müssten die Lehrer neben Wissensvermittlern stärker zu Wegbereitern für Kinder und Jugendliche werden. Damit sei verbunden, dass die Lehreraus- und Weiterbildung künftig genügend Phasen mit häufigem Wechsel von Theorie- und Praxisanteilen enthalte.

Der DIHK fordert deshalb von der Schulpolitik, dass sie für diese Maßnahmen mit Priorität den Boden bereitet und die notwendigen Rahmenbedingungen setzt. So müsse die Schulpolitik für Schüler wie für Lehrer ein stärker motivierendes und leistungsförderndes Umfeld schaffen.

Eine sehr lobenswerte Initiative des Deutschen Industrie- und Handelskammertages.

Rezension

Fakten als Auftrag Neue BLBS- Broschüre

Erfolgsmodell duale Berufsausbildung in Deutschland

Berlin (fsu) Wer wüsste es nicht: Ausbildungsplätze, Ausbildungsreife und Ausbildungserfolg - drei Dinge sind es, auf die am Wirtschaftsstandort Deutschland in der beruflichen Bildung heute mehr denn je ankommt. „Wer es gut meint mit dem dualen System, darf die beruflichen Schulen nicht nur für Reparaturaufgaben einsetzen“, mahnt BLBS- Bundesvorsitzender Berthold Gehlert in seinem Vorwort der kürzlich erschienenen Broschüre „Fakten als Auftrag“.

In der inhaltlich wie optisch sehr gut gelungenen Schrift werden Fakten zur beruflichen Bildung dargestellt, ohne dabei präventiv nach vermeintlichen Sündenböcken für die Ausbildungsmisere Ausschau halten zu wollen. Dabei wird jedem der leicht verständlichen Kapitel eine graphische Übersicht des Inhaltes mit einem Kurzinformativ vorangestellt. So gelingt es Gehlert, den Leser in Bann zu nehmen, so dass dieser sich früher oder später mit Leichtigkeit dabei ertappt, implizit nach Lösungsmustern Ausschau zu halten. Ein rhetorisch genialer Stil, der den Leser mitnimmt, anstatt ihm etwas in oft üblicher

Art und Weise vorzudenken. Dies sollte in unserem überregulierten Deutschland jenseits aller Ideologien Schule machen.

Die 30 Seiten umfassende DIN A 5 – Broschüre ist beim Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS), Friedrichstraße 169/170, 10117 bzw. in den Geschäftsstellen unserer Landesverbände kostenlos erhältlich.

Kontakt: www.blbs.de
verband@blbs.de

Neuerscheinung

Jörg-Dieter Gauger (Hrsg.): **Bildung der Persönlichkeit**
Verlag: Herder Freiburg im Breisgau 2006, 468 Seiten, 18 Euro

Immer häufiger vermittelt sich der Eindruck, als sei es vorrangige oder gar ausschließliche Aufgabe von Schulpolitik und Schulpädagogik, einer Nation vordere Ranking-Plätze bei internationalen Vergleichstests zu vermitteln und junge Leute PISA-tauglich zu machen. Dementsprechend eng ist das Verständnis von „Bildung“, das zahlreiche Bildungspolitiker, Erziehungswissenschaftler und Publizisten gezielt medienwirksam vertreten. Und obwohl auch PISA bestätigt hat, dass gerade diejenigen deutschen Länder mit dezidiert differenzierter Schulstruktur eindeutig überlegen sind, ist der Glaube an die angeblichen Segnungen der Gesamtschule trotz deren durchschlagener Erfolglosigkeit in Deutschland nicht aus den Köpfen zu kriegen.

Der von Professor Dr. Jörg-Dieter Gauger herausgegebene und jetzt bei Herder erschienene Band „Bildung der Persönlichkeit“ lässt sich von diesem „Mainstream“ nicht beeindrucken. Vielmehr plädieren Gauger und seine Mitautoren klar und entschieden sowie in ausgewogener Argumentation für eine Wiedergewinnung der anthropologischen Dimension schulischer Bildung und dementsprechend für ein umfassendes Verständnis von Bildung jenseits des um sich greifenden Nützlichkeits- und Messbarkeitswahns. Ein umfassendes und fundiertes Verständnis von Bildung konkretisiert sich in dem Band exempla-

risch jedenfalls anhand von Kerncurricula für die Fächer Deutsch, Geschichte, Politik/Sozialkunde, Mathematik, Physik und Musik in einem Plädoyer für die schulische Vermittlung kanonischen Wissens. Zudem lassen die Beiträge zum Gymnasium, zur Realschule und zur Hauptschule keine Zweifel daran, dass die Autoren das gegliederte Schulwesen auch zukünftig für das richtige halten, um zugleich dem Wohl des Einzelnen wie auch dem Gemeinwohl optimal zu dienen.

Gauger, hauptberuflich bei der Konrad-Adenauer-Stiftung tätig, ist es gelungen, mit Bernhard Vogel, Karin Wolff, Christoph Führ, Horst Wollenweber, Georg-Berndt Oschatz, Konrad Fees, Jürgen Rekus, Volker Ladenthin, Christine Henry-Huthmacher, Ulrich Bliesener und Josef Kraus zahlreiche namhafte Autoren zu gewinnen. Aber nicht nur wegen der heterogenen Provenienz der Autoren, sondern auch wegen der erfreulich vielfältigen Zugänge zur Persönlichkeitsbildung ist Gaugers Band eine zahlreiche Leserschaft zu wünschen. Noch mehr aber sind den öffentlichen Stichwortgebern in Sachen Schule der Mut und die Muße zu wünschen, sich auf diesen Band einzulassen. Die bisweilen reichlich hyperaktive Bildungsdebatte gewänne damit zugleich wieder mehr Bodenhaftung und Tiefgang.

Dr. Winfried Holzapfel

Zu guter Letzt

Fußball, Tore und Gesang

Deutschlandlied Ein nationalsozialistischer Evergreen?

Frankfurt (fsu) Als skandalös bezeichnete jetzt Theo Zwanziger, Präsident des Deutschen Fußballbundes, die Kritik der Lehrgewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) an der Nationalhymne. Damit reagierte Zwanziger auf die vom hessischen Landesverband der GEW herausgegebene Broschüre „Argumente gegen das Deutschlandlied - Geschichte und Gegenwart eines furchtbaren Lobliedes auf die deutsche Nation“. Auch die Frankfurter Allgemeine Zeitung (F.A.Z.) hat sich mit der GEW – Kritik der Nationalhymne befasst und stellt fest: Deutschland wäre nicht Deutschland, wenn die Begeisterung für Sportereignisse nicht doch noch bei dem einen oder anderen Bedenkenträger alte Ängste wieder belebt hätte.

So habe die GEW zur Weltmeisterschaft ihre schon verstaubte Kritik an der Nationalhymne mit den Bedenken wieder

aufgewärmt, im „furchtbaren Loblied auf die deutsche Tradition“ lebten Traditionslinien aus finsternen nationalistischen

BLBS

Werden Sie Mitglied.

Zeiten fort. Solch „hanebüchenen Unsinn“, urteilt die F.A.Z., habe man tatsächlich schon lange nicht mehr vernommen. Man müsse schon ein außerordentlich problematisches Verhältnis zum Konzept des Nationalen und zu seinen Symbolen entwickeln sowie eine sehr selektive Sicht der Geschichte haben, um zu behaupten, das Deutschlandlied stehe für eine Kontinuität, mit der die NS- Zeit verniedlicht werde. Manch einer brauche offenbar Nachhilfe, resümiert die F.A.Z., - und dies nicht nur im Fach Geschichte. DIE WELT spielt den Ball mit Vergnügen noch weiter und empfiehlt, man solle den Schülern „gleich noch eine zweite Broschüre an die Hand geben: „Argumente gegen das Deutschlandlied – Geschichte und Gegenwart des tragischen Verlustes des eigenen Hirns“.

Auch Tübingens Rhetorikprofessor Walter Jens meldet sich zu Wort, wenn es um das nationale Singen geht. Er schlägt eine neue Hymne mit einem Text von Berthold Brecht vor. Brecht Kritiker hingegen behaupten, seine Stücke seien ideologisch überfrachtetes Flickwerk. Anlässlich der WM sagte Jens jedoch: „Wenn ich an unserem Land etwas auszusetzen habe,

dann ist es diese unsägliche Nationalhymne mit ihrem teilweise unverständlichen Text.“ Wer wisse denn schon, was „des Glückes Unterpfand“ sei. Dagegen sei Brechts „Kinderhymne“ („Anmut sparet nicht noch Mühe/ Leidenschaft nicht noch Verstand...“) ein hinreißender Text der für ein neues Deutschlandlied vertont werden solle.

Erkenntnis: Als ob „die Mühe mit der Anmut“ nicht mindestens so erklärungsbedürftig sei wie „des Glückes Unterpfand“. Aber wer mag einem Rhetoriker wie Jens widersprechen, wenn ´s um Deutungsfragen geht. Wie auch immer: Dass die Textinterpretation des Deutschlandliedes für die meisten Schüler bis heute ein Rätsel bleibt, ist skandalös und wäre zum Beispiel im patriotischen Frankreich eine Katastrophe. Mit anderen Worten: Hierzulande haben die als „Staatsdiener“ im öffentlichen Dienst stehenden Germanistik – Professoren gegenüber ihrem Arbeitgeber und der ihnen anvertrauten Jugend wohl eine kolossale Bringschuld. Dieser sind sie sich offenbar nicht immer bewusst, wie der emeritierte Jens mit der von ihm beklagten Unverständlichkeit des Deutschlandliedes eher unbeabsichtigt zeigt.

Jugendarbeitslosigkeit und Randalie **Mehr „ein Pulverfass“ als ein rechter Spuk**

Über 500 000 junge Leute in Deutschland ohne Job und ohne Lobby

Berlin (fsu) Vor einem „Pulverfass, auf dem wir da sitzen“, warnte Niedersachsens Kultusminister Bernd Busemann (CDU) bereits vor einem halben Jahrzehnt auf dem Verbandstag der Berufsschullehrer in Wilhelmshaven: Im Blick hatte er die zigtausend Jugendlichen, die derzeit bundesweit ohne Perspektive und Arbeit sind. Auch der Bundesvorsitzende des Berufsschullehrerverbandes (BLBS) Berthold Gehlert warnte jetzt vor „französischen Verhältnissen“ und er bedauert es sehr, dass in der Koalitionsvereinbarung der neuen Bundesregierung „konkrete Aussagen zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit völlig fehlen“.

Als „rechten Spuk“, gegen den sich „die Mehrheitsgesellschaft endlich offensiv“ stellen müsse bezeichnete hingegen Chefredakteur Uwe-Karsten Heye in der SPD-Mitgliederzeitung „Vorwärts“ jetzt die Ausschreitungen Jugendlicher in Brandenburg. Zuvor war Heye mit einem dem Deutschlandradio gegebenen Interview in die Schlagzeilen geraten: Es gäbe Orte „in Brandenburg und auch anderswo, wo ich keinem raten würde, der eine andere Hautfarbe hat, hinzugehen“. Im Editorial der Juni-Ausgabe seiner Zeitung sagte er nun, es gäbe lokale Bereiche in einigen Bundesländern, in denen eine rechtsextreme Jugendkultur dominiere. Seine Hoffnung sei, dass wir ohne Einschränkung in die Lage gerieten, „Menschen aus aller Welt, gleichgültig welcher Hautfarbe, als Gäste bei Freunden begrüßen zu können“.

Erkenntnis: Es macht für alleingelassene Jugendliche ohne Arbeit wenig Sinn und es muss für sie wie ein Hohn klingen, wenn in Sonntagsreden und Initiativen wie von Heye „Gesicht zeigen“ etc. für ein toleranteres Deutschland plädiert wird. Auch kommt die oben so genannte „Jugend-

kultur“ weder ausschließlich von rechts noch von links oder aus sonst einer politischen Richtung. Sie rekrutiert sich eher aus einem buntes Sammelbecken junger Leute, die sich und die Gesellschaft, in der sie leben, viel zu früh aufgegeben haben.

Diese in Extremismus umschlagende Resignation, dieses junge Konfliktpotential findet sich heute in allen Gebieten Deutschlands mit extrem hoher Jugendarbeitslosigkeit, und das ist weiß Gott keine brandenburgische Spezialität. Derartige Ausschreitungen wird es wohl noch so lange geben, wie Jugendliche ohne Hoffnung, Perspektive und Arbeit in der Shareholder Value –Gesellschaft sich selbst überlassen bleiben. So plädiert BLBS - Bundesvorsitzender Gehlert denn auch unermüdlich dafür, dass die Herausforderung, Jugendliche in Ausbildung und Arbeit zu bringen, in der politischen Agenda mit Nachdruck ganz oben zu stehen hat. Dazu gehört denn auch, dass „Angebote zur beruflichen Qualifizierung an beruflichen Schulen die Not lindern helfen“.

Wir gratulieren und wünschen weiterhin Gesundheit und Zufriedenheit

60 Jahre

Drögsler	Rolf	Osnabrück	03.04.1946	Hempel	Jürgen	Lüneburg	09.08.1946
Löpker	Alfons	Lingen	12.04.1946	Grube	Wilfried	Hannover 22	22.08.1946
Ritzmann	Uwe	Einzelmitglied	06.05.1946	Tants	Friedrich	Cuxhaven	28.08.1946
Niemann	Bernhard	Meppen	08.05.1946	Schollenberger, Uwe		Wilhelmshaven	01.09.1946
Fischer	Wilfried	Osnabrück	11.05.1946	Abeln	Josef	Papenburg	18.09.1946
Brinker	Hermann	Lingen	24.05.1946	Abeln	Karl-Heinz	Papenburg	18.09.1946
Koch	Walther	Göttingen	30.05.1946				
Wolff	Ulrich	Aurich	06.06.1946				
Beel	Bernhard	Lingen	11.06.1946	Wesemann	Walter	Nienburg	04.04.1941
Rakers	Lambert	Nordhorn	12.06.1946	Leichter	Klaus	Göttingen	05.04.1941
Van de Perck, Siegfried		Osterode	28.06.1946	Reich	Paul	Cuxhaven	29.04.1941
Vehring	Gregor	Nordhorn	02.07.1946	Felgendreher, Wulf		Hameln	09.05.1941
Vorholt	Hans	Lingen	06.07.1946	Hosch	Eckehardt	Wolfsburg	10.05.1941
Wiesehahn	Friedhelm	Osnabrück	11.07.1946	Rockel	Edda	Hildesh.Marienb.	12.05.1941
Kolbusch	Rene'	Wilhelmshaven	23.07.1946	Wolff	Walter	Emden	21.05.1941
Klingebiel	Bernhard	Göttingen	30.07.1946	Buresch	Horst-Norbert	Hannover 6	23.05.1941
Althüser	Hermann	Leer	02.08.1946	Nau	Wilhelm	Northeim	26.05.1941

65 Jahre

Wesemann	Walter	Nienburg	04.04.1941
Leichter	Klaus	Göttingen	05.04.1941
Reich	Paul	Cuxhaven	29.04.1941
Felgendreher, Wulf		Hameln	09.05.1941
Hosch	Eckehardt	Wolfsburg	10.05.1941
Rockel	Edda	Hildesh.Marienb.	12.05.1941
Wolff	Walter	Emden	21.05.1941
Buresch	Horst-Norbert	Hannover 6	23.05.1941
Nau	Wilhelm	Northeim	26.05.1941

Aktuelles für Speditionskaufleute

komprimiert - übersichtlich - verständlich

- Lehr- und Übungsbuch in überarbeiteter, aktualisierter Auflage mit neuer ADSP 2003 und neuen Versicherungsbestimmungen
- Systematische Teilung der Kapitel in Informationsteil/ Fallstudien/Wiederholungsfragen
- Lernsymbole verweisen auf sinnvolle Lernhilfen für die handlungsorientierte Bearbeitung
- Für auszubildende Speditionskaufleute, Kaufleute des Groß- und Außenhandels, Industriekaufleute, Wirtschaftsassistenten der Fachrichtungen Spedition/ Logistik, Studenten mit dem Schwerpunkt Logistik



Stand der Preise: 1.4.2004

Verlag Europa-Lehrmittel
Düsselberger Str. 23
42781 Haan-Gruiten

www.europa-lehrmittel.de



Spedition und Logistik
Heft 1 - Grundlagen,
Speditionsrecht, Marketing
2. Aufl. 2003, 134 S., DIN A4,
brosch.
Europa-Nr. 72418 € 14,30

Wir gratulieren und wünschen weiterhin Gesundheit und Zufriedenheit

65 Jahre

Goseberg	Egbert	Osnabrück	30.05.1941
Bahr	Peter	Lüneburg	06.06.1941
Schüler	Hartmut	Hameln	08.06.1941
Speerschneider,	Falko	Holzminden	15.06.1941
Kellert	Joachim	Osnabrück	17.06.1941
Kikker	Wilhelm	Osnabrück	21.06.1941
Henning	Klaus	Celle	30.06.1941
Dinkela	Hermann	Emden	01.07.1941
Adam	Dietrich	Bersenbrück	05.07.1941
Paddags	Christa	Uelzen	11.07.1941
Goecke	Rolf	Hildesh. Marienb.	16.07.1941
Lücken	Gustav	Hannover 22	16.07.1941
Ripke	Egmont	Celle	22.07.1941
Semper	Heinz	Osnabrück	24.07.1941
Buntrock	Dietrich	Cloppenburg	27.07.1941
Schmitz	Kurt-Jürgen	Celle	28.07.1941
Funke	Johannes	Papenburg	06.08.1941
Schikschneit	Werner	Emden	07.08.1941
Lehmann	Egon	Wolfsburg	13.08.1941
Hanebuth	Rolf	Hannover 3	24.08.1941
Steudle	Heinz	Walsrode	26.08.1941
Schlawin	Wolfgang	Wilhelmshaven	08.09.1941
Schenk	Wolfgang	Osnabrück	11.09.1941
Baumann	Gerhard	Leer	13.09.1941
Reichenbach	Gunda	Einzelmitglied	27.09.1941

70 Jahre

Heitmeier	Martin	Diepholz-Sulingen	09.04.1936
Klöss	Gerhard	Stade	10.05.1936
Donath	Hans Werner	Hameln	13.05.1936
Giesemann	Klaus	Delmenhorst	16.05.1936
Völckner	Wolfgang	Aurich	09.06.1936
Feye	Walter	Wildeshausen	15.06.1936
Peter	Christine	Hildesh. Marienb.	21.06.1936
Machenski	Günter	Wolfenbüttel	19.07.1936
Wolff	Ernst-Dieter	Lüneburg	02.08.1936
Eckmann	Dr. Werner	Salzgitter	18.08.1936
Jacobick	Klaus-Dieter	Wesermarsch	08.09.1936

75 Jahre

Haasche	Elisabeth	Aurich	05.04.1931
Protz	Rolf	Hameln	18.04.1931
Patyna	Hans-Dietrich	Winsen-Luhe	22.04.1931
Jedicke	Jürgen	Braunschweig II	09.05.1931
Jöhren	Gerd	Wolfsburg	19.06.1931
Hartz	Antonius	Lingen	22.06.1931
Rötter	Heinrich	Hannover ME	24.06.1931
Lemke	Helga	Stade	20.07.1931
Wilkening	Karl-Friederich	Stadthagen	30.07.1931
Zimmermann,	Horst	Lüneburg	22.08.1931
Cramer	Karl	Ammerland	29.08.1931
Kiel	Egon	Cuxhaven	03.09.1931
Leeker	Marianne	Emden	30.09.1931

80 Jahre

Schmidt	Jürgen	Hannover ME	12.04.1926
Bohdick	Hermann	Wolfsburg	23.06.1926
Benecke	Margrit	Osnabrück	09.07.1926
Zocher	Waldemar	Hildesheim Stadt	11.07.1926
Pullwer	Eberhard	Delmenhorst	14.07.1926
Leerhoff	Heiko	Ammerland	18.07.1926
Schaede	Klaus	Einzelmitglied	20.07.1926
Tornscheidt	Gisela	Wolfenbüttel	29.07.1926
Seiffarth	Gerhard	Hildesheim Stadt	01.08.1926
Zischkale	Manfred	Springe	28.08.1926
Waldmann	Wilhelm	Osterode	12.09.1926
Bremer	Alfred	Peine	13.09.1926

Älter als 80 Jahre

Lemme	Ingeborg	Varel	19.04.1911
Haas	Anneliese	Ammerland	22.04.1915
Körner	Walter	Alfeld	18.04.1919
Willeke	Werner	Hannover 3	04.04.1920
Wippich	Kurt	Hannover 2	25.04.1920
Heiland	Robert	Lüneburg	11.04.1922
Scherrinsky	Ingeborg	Stade	18.04.1922
Müller-Weide,	Anne-Dore	Oldenburg	16.04.1923
Hömmen	Hermann	Cloppenburg	25.04.1923
Witte	Gisela	Peine	26.04.1924
Schmied	Willi	Winsen-Luhe	07.04.1925
Rückner	Anneliese	Hildesh. Marienb.	05.05.1910
Walter	Ursel	Hannover 7	04.05.1921
Isensee	Adolf	Osnabrück	24.05.1921
Fiola	Siegbert	Alfeld	25.05.1921
Eggeling	Lisa	Salzgitter	02.05.1922
Wessig	Josef	Salzgitter	28.05.1922
Schleicher	Alfred-Paul	Bad Harzburg	30.05.1922
Möhle	Irmtraut	Syke	21.05.1925
Terveer	Franz	Aurich	02.06.1915
Schmidt	Ernst-Ulrich	Hildesheim Stadt	10.06.1915
Krause	Werner	Varel	07.06.1921
Wilpert	Anneliese	Hannover 7	04.06.1923
Siart	Sigmund	Hameln	19.06.1925
Benedikt	Annemarie	Oldenburg	30.07.1910
Siefer	Günter	Cuxhaven	29.07.1913
Klemann	Willi	Nienburg	16.07.1916
Bliefernicht	Fritz	Stadthagen	18.07.1920
Ladwig	Reinhold	Braunschweig II	17.07.1921
Goeldner	Marianne	Seesen	21.08.1911
Wiemeyer	Julius	Nordhorn	03.08.1915
Weber	Hans-Joachim	Lüneburg	05.08.1918
Langhagel	Karl-Heinz	Celle	26.08.1919
Schäfer	Helmut	Stadthagen	26.08.1921
Just	Johannes	Lüneburg	07.08.1925
Adam	Charlotte	Hildesh. Marienb.	27.08.1925
Brummermann,	Heinrich	Einzelmitglied	28.09.1924
Carganico	Ilse	Verden	07.09.1925
Matz	Erich	Aurich	11.09.1925
Eilers	Erich	Varel	26.09.1925

Wir gedenken unserer Verstorbenen

Nachruf

Der Ortsverband Northeim trauert um unseren ehemaligen Schulleiter

Oberstudiendirektor a.D. Karl Ludwig Hidde

* 17.06.1924

† 09.05.2006

Er war Leiter der BBS II in Northeim von 1970 bis 1982. Sein besonderer Verdienst lag bei der Förderung von Schülern ohne Ausbildungsplatz und fehlender Berufsreife. Mit ihm haben wir einen kompetenten und engagierten Pädagogen verloren. Wir werden ihn in ehrender Erinnerung behalten.

Dietmar Rudel
Vorsitzender

Heinrich Wehmeyer	* 30.01.1927	† 07.01.2006
Bezirksverband Hannover		Ortsverband Hannover 2
Carl Kestner	* 12.11.1922	† 31.01.2006
Bezirksverband Hannover		Einzelmitglied
Anton Schulte	* 10.01.1923	† 02.03.2006
Bezirksverband Osnabrück		Ortsverband Papenburg
Klaus Rosendahl	* 05.09.1940	† 04.03.2006
Bezirksverband Hannover-Süd		Ortsverband Rinteln
Hildegard Gebauer	* 05.07.1907	† 16.04.2006
Bezirksverband Hannover		Ortsverband Hannover 21
Hans-Joachim Büntge	* 10.12.1933	† 01.05.2006
Bezirksverband Braunschweig Süd		Ortsverband Osterode
Friedlis Schweiger	* 06.01.1925	† 03.05.2006
Bezirksverband Lüneburg		Ortsverband Uelzen
Karl-Ludwig Hidde	* 17.06.1924	† 09.05.2006
Bezirksverband Braunschweig Süd		Ortsverband Northeim

**Redaktionsschluss
der nächsten Ausgabe:**

18.09.2006

An den **BUNDESVERBAND DER LEHRERINNEN UND LEHRER AN BERUFLICHEN SCHULEN**
Landesverband Niedersachsen e.V.
Kurt-Schumacher-Str. 29 • 30159 Hannover
Tel. (05 11) 32 40 73 • Fax (05 11) 3 63 22 03

Aufnahmeantrag und Einzugsermächtigung

Name	Vorname
Geburtsdatum	Bezirksverband
Ortsverband	Dienststelle/Schule
Straße	PLZ/Wohnort
Tel./Fax	Eintritt Schuldienst
Amtsbezeichnung	Besoldungs-/Vergütungsgruppe
Berufsfeld	Unterrichts-Fächer
Konto-Nummer	BLZ

Bankverbindung

Ich erkläre hiermit meinen Eintritt in den Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS)

zum _____ .

Ferner ermächtige ich den BLBS widerruflich, den von mir zu zahlenden Mitgliedsbeitrag vierteljährlich zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.

Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

Ort Datum Unterschrift

Für die Mitgliederverwaltung:

Aufnahme in die Datei am: _____

Aufnahmebestätigung am: _____

Kopie an Kassenwart: _____

Perspektive, Teamwork und Erfolg

McDonald's – einer der ganz großen Ausbilder



Drei Dinge sind es, die den großen Traum vieler Jugendlicher heute in Erfüllung gehen lassen: Eine Lehrstelle mit Aussicht auf spätere Übernahme, einen Freundeskreis und ein Auto. Und dann geht's unter der Woche gemeinsam mit Freunden an den Drive - In - Schalter zu McDonald's, während im Radio die beliebtesten Songs laufen. Das ist Kult und zugleich Ausdruck eines positiven Zeit- und Lebensgefühls.



Des Plaines, Illinois, USA: Hier begann in den 50er Jahren die einzigartige Unternehmensgeschichte. Ray Kroc erwarb die Rechte für die Marke und legte den Grundstock für den legendären Erfolg von McDonald's. In Deutschland begann die McDonald's Geschichte mit der Eröffnung des ersten Restaurants im Jahre 1971 in München. Heute ist McDonald's mit mehr als 1270 Restaurants und täglich rund 2,3 Millionen Gästen hierzulande der Marktführer.

Zum Selbstverständnis des Traditionshauses gehört seit jeher auch die Ausbildung. Im vergangenen Jahr haben über 200 Auszubildende erfolgreich ihre Prüfung abgeschlossen. Nahezu alle Absolventen konnten in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen werden - mit sehr guten Aufstiegschancen. Und so stehen derzeit 1680 Auszubildende bundesweit bei McDonald's im Arbeitsleben. Die meisten von ihnen werden als „Fachmann/Fachfrau für Systemgastronomie“ ausgebildet – ein neuer und zugleich attraktiver Beruf mit vielseitigen kaufmännischen Anforderungen. Hier gilt es, den Personaleinsatz zu planen, Kostenkontrollen durchzuführen, Arbeitsabläufe zu organisieren etc. Aber auch zum Fachinformatiker – Fachrichtung Systemintegration – und zum Kaufmann/ Kauffrau der Bürokommunikation bildet McDonald's nicht nur in seinem Haupt-Service-Center in München, sondern bundesweit in allen Service-Centern aus. Zusätzlich zur praktischen Ausbildung und den Unterweisungen in der Ausbildungsstätte werden überbetriebliche Schulungen in den Regionalen Servicecentern von McDonald's Deutschland und in den Hauptservice-Centern durchgeführt.



Franchise-Karriere nach Lehrplan. Seit jeher gilt: Nur gut geschulte Partner bringen eine Geschäftsidee kontinuierlich voran. So versorgt McDonald's seine Geschäftspartner nicht nur mit weiterentwickelten Rezepten für vitaminreiche Salate und Biomilchgetränke, sondern liefert ebenfalls das passende Ambiente, die Qualitätsüberwachung sowie das komplette Know-how mit.

Nach dem Prinzip der 1961 in Illinois eröffneten „Hamburger University“ bietet McDonald's auch hierzulande seinen Führungskräften, Franchise-Nehmern und Mitarbeitern „akademische Lehrstunden“ an. Über 90 Kurse umfasst das aktuelle „Vorlesungsverzeichnis“ der Münchener „MCD - Hochschule“ - großzügig ausgestattet mit Auditorium, Labor- und Arbeitsräumen auf 1800 Quadratmetern.

Wenn da nicht ein Studiengang „Franchising“ in greifbare Nähe rückt.

In guten Händen (v.l.): Lydia Weinhold, Dominik Greim, Aygül Caliskan (Azubis) mit ihrer Restaurantleiterin Gretlis Kluge in Wilhelmshaven